

JU *aktiv*

Mitgliedermagazin der Jungen Union Stuttgart

AM 27. NOVEMBER 2011



NEIN

ZUM KÜNDIGUNGSGESETZ

Stuttgart 21:

Nein heißt jetzt Ja!

Turmgespräch

Peter Hauk zu Gast
bei der JU Stuttgart

Auf dem Weg zur Netz-Union

Kommunikation im Internet
ist unerlässlich

Kritik an SPD-Resolution zu S21

SPD im Schlingerkurs: Zwischen
Selbstbetrug und eigener Inkompetenz

Scheitert der Euro, scheitert Europa

Wie wichtig ist der
Euro für Deutschland?

Konservativ - uncool?

Wege aus der Kommunikationskrise



**Immer eine
gute Wahl.**

Ihre erste Adresse für **Sanitär – Heizung – Flaschnerei**
Solartechnik – Regenwassernutzung – Kundendienst



Alles fließt...

www.kotz-haustechnik.de

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit großer Freude darf ich Euch eine weitere Ausgabe des Mitgliedermagazins der Jungen Union Stuttgart präsentieren: Das JU aktiv 2011/2. Und trotz publizistischer Tradition, betritt diese Ausgabe ein gewisses Neuland. Es ist in seiner Geschichte das erste JU aktiv, das wir als oppositionelle Jugendorganisation in Baden-Württemberg veröffentlichen. Wie die CDU, muss sich auch die Junge Union an diese neue Situation gewöhnen.

Allerdings bin ich davon überzeugt, dass eine verlorene Landtagswahl und der damit verbundene Neuanfang innerhalb einer Partei auch eine Chance sein kann. Gerade die Junge Union in Stuttgart ist nun gefordert wie nie zuvor. Es kommt zukünftig darauf an, Politik neuartig zu gestalten und gleichzeitig ein verlässliches Profil zu beweisen. Die CDU muss lernen, frecher und angriffslustiger zu werden sowie ihr verfilztes Auftreten abzulegen. Für diese Wandlung bedarf es zweifelsfrei JU(nger) Gesichter und Inhalte. Innerhalb der JU Stuttgart liegen viele Potentiale und Ideen, um diesen Neuanfang erfolgreich zu gestalten.

Lasst uns gemeinsam das Wort wieder stärker erheben, um zusammen mit der CDU das Ziel zu erreichen, kommende Wahlen in der Landeshauptstadt wieder für uns zu entscheiden. Die Politik bietet uns hierfür eine zeitnahe Chance.

Am 28. September 2011 hat der baden-württembergische Landtag das von der grün/roten Landesregierung eingebrachte Ausstiegsgesetz bezüglich der Finanzierung von Stuttgart 21 mehrheitlich abgelehnt. Das sogenannte Kündigungsgesetz wird nun am 27. November 2011 der Bevölkerung im Land zur Abstimmung vorgelegt. Diese Volksabstimmung bedarf einer sehr kurzfristigen, aber dennoch sattelfesten Kampagne der Befürworter von Stuttgart 21. Innerhalb der Union ist hier

vor allem die JU gefordert. Dem Aktionismus für ein Zukunftsprojekt wie Stuttgart 21 muss ein jugendlicher Stil zu Grunde liegen. Wir werden als Kreisverband eine Kampagne entwerfen, die sich mit dieser zentralen Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger wenden wird:

FÜR Stuttgart 21 heißt NEIN zur Kündigung!

Ich freue mich auf viele Begegnungen mit Euch allen und wünsche nun viel Spaß bei der Lektüre dieses Heftes.

Mit den besten Grüßen

Benjamin Völkel
Kreisvorsitzender



„CDU Baden-Württemberg Schläfst du noch oder opponierst du schon?“ Diese Frage stellte sich im Rahmen unseres traditionellen Turmggesprächs die Junge Union Stuttgart zusammen mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hauk MDL (Seite).

Tatsächlich sieht sich unsere Partei hierzulande seit fast 58 Jahren erstmals mit der Oppositionsrolle konfrontiert. Diese neue Stellung im parlamentarischen System gilt es als Herausforderung zu begreifen. Für die CDU, aber auch für die Junge Union.

Unsere Partei ist mit einem Landtagswahlergebnis von 39 % der Wählerstimmen weiterhin die bei weitem stärkste politisch Kraft im Land. Es ist wichtig, dieser hohen Wählergunst Rechnung zu tragen in Form einer aktiven Oppositionspolitik, bestehend aus politischem Wettstreit, aber auch aus Kooperation. Zum Wohle der Bürger.

Und doch hat die CDU flächendeckend an Stimmen verloren. Trotz vieler Errungenschaften für unser Land in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Konservativ ist „uncool“ (Willenberg, Seite), so häufig die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (Kaufmann, Seite). Hier gilt es anzusetzen. Es wird Zeit, dass endlich auch in der CDU eine moderne Kommunikationspolitik Einzug findet (Hugendubel, S.). Fehler zu machen ist keine Schande; nicht daraus zu lernen sträflich. Nicht nur die Taten sind es, die die Menschen bewegen, sondern auch die Worte über die Taten, das wusste schon der Philosoph Aristoteles.

Zu beschäftigen hat sich die CDU auf Kommunalbene auch mit den aktuellen Haushaltsdebatten



(Fabi, Seite) und der momentan aufgrund der europäischen Schuldenkrise (Norbert, Seite) ungewissen Einnahmesituation. Europa ist gar nicht so weit entfernt, wie mancher vielleicht glauben mag.

Mit Spannung erwartet wird schließlich auch der 27. November 2011. Der erste Volkstentscheid in der Geschichte unseres Landes. Ein historischer Tag, so oder so.

Ich freue mich sehr, Euch eine weitere Ausgabe unseres JU aktiv´s vorstellen zu dürfen. Als einziges flächendeckendes

Print-Medium zur Information unseres großen Mitgliederkreises ist dieses unerlässlich zur Kommunikation unsere täglichen politischen Arbeit.

Ein großer Dank geht an dieser Stelle auch an unsere Sponsoren, ohne deren Mithilfe uns dies wohl nicht möglich wäre.

Es wünscht euch viel Spaß beim Lesen

Eure Christina

Liebe Mitglieder und Freunde der Jungen Union Stuttgart,

sehr gerne nehme ich als neugewählter Kreisvorsitzender der CDU Stuttgart die Gelegenheit wahr, mich in dieser neuen Ausgabe des JU-Aktiv´s vorzustellen und Euch meine Ideen zur weiteren Zusammenarbeit von JU und CDU zu erläutern. Stefan Kaufmann, 42 Jahre alt, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Stuttgart-Süd und Rechtsanwalt - so mein offizielles Profil. Mit 28 Jahren bin ich relativ spät in die CDU eingetreten. Politisch aktiv war ich davor beispielsweise als Schülersprecher im Stuttgarter Solitude-Gymnasium und als Vorsitzender eines bildungspolitischen Vereins während meines Jurastudiums in Tübingen. Eine JU-Vergangenheit habe ich also (leider) nicht. Trotzdem bin ich unter anderem wegen meiner politischen Interessen für die Bildungspolitik nach meinem Eintritt in die CDU sehr schnell und intensiv mit der Jungen Union Stuttgart in Kontakt gekommen. Diesen engen Kontakt pflege ich bis heute sehr gerne. Besonders beeindruckt hat mich nach meinem Eintritt in die CDU Stuttgart die tragende Rolle der JU Stuttgart für die Mutterpartei. Wahlkämpfe ohne JU Stuttgart wären nicht zu stemmen, aber auch inhaltlich-konzeptionell leistet die JU einen unverzichtbaren Beitrag für die CDU. Als neugewählter Kreisvorsitzender will ich die gute Zusammenarbeit zwischen JU und CDU weiterführen und stärken.

Die Wahlniederlagen bei der Kommunalwahl 2009 und der Landtagswahl 2011 haben uns drastisch vor Augen geführt, dass sich die CDU insbesondere in einer Großstadt wie Stuttgart wandeln muss, um weiterhin die prägende politische Kraft in Stuttgart zu bleiben. Es ist bedenklich, dass die CDU in Stadt und Land trotz nachweislich sehr erfolgreicher Politikergebnisse in fast allen zentralen Feldern solch

schmerzhafte Niederlagen erleiden musste. Eine zentrale Ursache sehe ich in der Wahrnehmung unserer Partei in der Öffentlichkeit. Wir werden viel zu oft als altbacken, langweilig und streng hierarchisch wahrgenommen. In den Augen vieler Bürger treffen wir die Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg. Dieses Bild möchte ich als Kreisvorsitzender ändern. Wir müssen mit Personen und Auftreten eine moderne Großstadtpartei verkörpern. Und hierzu brauche ich Euch als Vorreiter dieses Wandels!

Ich will nicht, dass wir unsere politischen Grundüberzeugungen aufgeben, nur um ein besseres Bild in der Öffentlichkeit abzugeben. Ich will aber, dass wir in der (jeweiligen) Lebenswelt gerade vieler jüngerer Mitbürgerinnen und Mitbürger als progressive Kraft wahrgenommen werden. Hierzu habe ich in den letzten Monaten sogenannte Kompetenzteams gegründet, die sich inhaltlich intensiv mit den Themen auseinandersetzen, die wir gemeinsam als Schwäche ausgemacht haben. Mit Benjamin Völkel, Thomas Hugendubel und Norbert Strohmaier haben wir drei JU´ler in den Leitungsfunktionen dieser Kompetenzteams. Zögert auch Ihr nicht, Euch dort fernab von Ämtern und teilweise doch recht bürokratischen innerparteilichen Strukturen inhaltlich einzubringen. Ich bin mir sicher, dass die Kompetenzteams insbesondere mit Hilfe der Jungen Union zum Erfolg werden und dadurch auch das Verhältnis zwischen Junger Union und CDU hier in Stuttgart weiter gestärkt wird!

Es grüßt Euch herzlich

Euer Stefan Kaufmann



Stuttgart 21: Nein heißt jetzt Ja.

Am 27. November 2011 entscheidet das Volk über einen Vertragsbruch

von Benjamin Völkel | Das Bahn- und Städtebauprojekt Stuttgart 21 ist nicht nur eine Jahrhundertchance für Stuttgart und Baden-Württemberg, in Augen vieler ist es mittlerweile auch ein nie zuvor dagewesener Entscheidungsfindungsprozess. Parlamentarische Entscheidungen in Bund, Land und Kommune füllen in Form von Druckschriften bereits unzählige Regalmeter in Archiven. Seit 1995 haben sich kontinuierlich Parlamentsmehrheiten in verbindlichen Abstimmungen für das Projekt ausgesprochen. Ein lautstarker und zeitweise breitgefächelter Bürgerprotest durchkreuzt seit nunmehr zwei Jahren die Pläne des Bauherrn sowie der Finanzierungspartner. Die beschriebene Situation reflektierend, ist es wohl durchaus legitim, in Zeiten wie diesen über die Möglichkeit eines Plebiszits zu philosophieren. Was aber passiert am 27. November 2011 in Baden-Württemberg wirklich? Um diese Frage vollumfänglich zu beantworten, bedarf es eines analytischen Überblicks im Mittelpunkt: Das Verhalten der Parteien.

Wie bereits ausgeführt, dürfte es für jeden verfassungstreuen Bürger in unserem Land keinerlei Zweifel an der demokratischen Legitimation von Stuttgart 21 geben. Anderslautende Behauptungen sind schlichtweg lachhaft. Und dennoch war es gerade im Vorfeld der Landtagswahl gängige Praxis von GRÜNEN und SPD, ihren Wahlkampf zu Lasten der Demokratie auszutragen. Die GRÜNEN in Baden-Württemberg haben ihr Ziel erreicht. Mit populistischer Rhetorik und „Anti-Mappus“-Tiraden ist es ihnen gelungen, temporär eine historische Zahl an „Wutbürgern“ hinter sich zu vereinen. Mit ebenso rekordverdächtiger Geschwindigkeit mussten allerdings Wahlversprechen schon wenige Tage danach teilweise und spätestens bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD restlos gebrochen werden. Stuttgart 21 ist eben neben der parlamentarischen Legitimation auch in rechtskräftigen Verträgen

fixiert. Schnell mussten Kretschmann, Hermann und Co. mit ihrer Überzeugung, den Bau von Stuttgart 21 nach einem Wahlsieg problemlos stoppen zu können, aufräumen.

Spätestens seit seinem Auftritt bei Anne Will am 19. Juni 2011 dämmerte es auch den fundamentalistischsten Grünen: Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist eben keine Gottheit zu dem ihn manch eine Tageszeitung krönen wollte, sondern eben auch nur ein Landesvater, der auf die Verfassung vereidigt und an Gesetze gebunden ist.

Wie aber die Geister, die man im Wahlkampf rief, wieder loswerden? Rückblickend war es wohl die SPD, die mit einem fast schon schleimenden Wahlkampf eines Nils Schmid die grün/roten (Wechsel-)Wähler im Nachhinein teilweise beruhigen konnte. Der sozialdemokratische Plan, nach Artikel 60 Absatz 3 der baden-württembergischen Landesverfassung die Bürgerinnen und Bürger des Landes über die Fortführung oder den Ausstieg aus Stuttgart 21 entscheiden zu lassen, musste allerdings ebenfalls revidiert werden, nachdem juristisch mehrmals bestätigt wurde, dass der Bund und nicht das Land für den Bau von Bahnstrecken zuständig ist. Im grün/roten Kabinett einigte man sich schließlich auf einen befriedenden Mittelweg. Am 16. September 2011 wurde dem Landtag ein Gesetzentwurf zur ersten Lesung vorgelegt, welcher durch die schwammige Formulierung seines Gleichens sucht. Es ist die Rede von der Ausübung eines Kündigungsrechts mit dem Ziel, als Land aus der Finanzierung von Stuttgart 21 auszusteigen. Übersetzt also die Legitimation des Volkes zum Bruch eines rechtskräftigen Vertrages durch die Landesregierung wie versprochen: Ein neuer Politikstil.

Nun erscheint dieser Artikel aber in einem Mitgliedermagazin der Jungen Union und eine alte Weis-

heit besagt zudem, dass es einfacher ist auf andere zu zeigen, als vor der eigenen Tür zu kehren. Was für eine Figur macht also die CDU in diesen Tagen? Ganz selbstkritisch: Nicht die Beste! Zwar ist die CDU die einzige Partei, die ihr Fähnchen in der heißen Phase nicht einfach nur in den Wind gehoben und ihre Position für Stuttgart 21 auch gegen den heftigsten Widerstand verteidigt hat. Dennoch hat sie für meine Begriffe beim Zustandekommen der Volksbefragung übrigens die erste in der Geschichte Baden-Württembergs zu unentschlossen agiert. Schließlich waren es wir Christdemokraten, die aus felsenfester Überzeugung die Unzulässigkeit eines solchen Volksentscheids proklamierten und versprachen, einer solchen Abstimmung mit einer Klage vor dem Staatsgerichtshof zu entgegnen. Nun gehört es selbstverständlich ebenfalls zum Selbstverständnis einer Rechtsstaatspartei wie der CDU, juristische Gutachten zu akzeptieren. Die Unmöglichkeit einer Verfassungsklage ist zweifelsfrei zu akzeptieren, nicht aber die Kommunikation der CDU-Landtagsfraktion. Von der Fraktionsklausur in Berlin aus erfuhr man durch die Medien von der Entscheidung, nicht vor den Staatsgerichtshof ziehen zu wollen. Nicht aber aus juristischen Gründen, sondern weil man keine Angst vor dem Votum der Bürger habe.

Angst vor dem Votum des Volkes brauchen wir in der Tat nicht zu haben. Schließlich zeichnen sich seit langem breite Mehrheiten unter den Bürgerinnen und Bürgern für Stuttgart 21 ab. Und das nicht nur im ländlichen Raum, sondern eben auch in Stuttgart und der Region. Aber geht es hierbei nicht um mehr als nur um die Gunst des Wählers?

In zweiter Lesung wurde in der Plenardebatte am 28. September 2011 das sogenannte Kündigungsgesetz durch die Mehrheit von CDU, SPD und FDP erwartungsgemäß abgelehnt. Daraufhin wurde von

zahlreichen Abgeordneten der Regierungsfractionen beantragt, das Gesetz dem baden-württembergischen Volk zur Abstimmung vorzulegen. Der Stimmzettel wird verlauten lassen: „Stimmen Sie der Gesetzesvorlage `Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S-21-Kündigungsgesetz)` zu?“ Oder: „Sind Sie damit einverstanden, dass die Landesregierung in ihrem Auftrag einen rechtsgültigen Vertrag bricht und damit gegen die Verfassung verstößt?“ Das Volksvotum dürfte mit dieser alternativen Formulierung eindeutig ausfallen.

Es gilt nun, den Menschen in Baden-Württemberg diesen perversen Versuch einer Landesregierung, sich dem eigenen Wahlversprechen bezüglich eines unrealisierbaren Ausstiegs aus Stuttgart 21 zu entledigen, plakativ darzustellen und ins Gedächtnis zu rufen, wer tatsächlich seit mehr als 60 Jahren für verlässliche Politik steht. Aus vergangenen Wahlkämpfen wissen wir, dass die Union für solche Kampagnen junge Ideen braucht. Erneut bedarf es einer harten aber fairen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Die Junge Union Stuttgart wird gemeinsam mit der CDU diese Herausforderung annehmen.

Zusammenfassend wird klar: Es geht um viel mehr als nur um eine weitere Legitimation eines sinnvollen Zukunftsprojekts. Am 27. November 2011 lautet die Prämisse: NEIN zum Kündigungsgesetz heißt JA zu Stuttgart 21 und vor allem JA zu Recht und Gesetz!

Mit Einzug des Herbstes sind im üblichen zweijährigen Turnus wieder die Haushaltsberatungen das gegebene Hauptbeschäftigungsthema im Stuttgarter Rathaus. In langen und geschäftigen Sitzungen gilt es, in den kommenden zwei Monaten den Doppelhaushalt für die Jahre 2012 und 2013 in allen hundert Einzelheiten zu entwerfen und im wettbewerblichen Diskurs mit anderen Fraktionen eigene Ansätze durchzusetzen.

Bei den diesjährigen Haushaltsdebatten werden die Herausforderungen analog zu den Erwartungen der Bürger besonders hoch sein. Denn auch wenn die Stadt dank eines unerwartet hohen Gewerbesteueraufkommens von den umfangreichen Kreditermächtigungen des vergangenen Doppelhaushaltes 2010/2011 keinen Gebrauch machen musste und entgegen damaligen Erwartungen geradezu glimpflich durch die 2008 ausgelöste Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen ist, kann von einer entspannten Haushaltssituation keine Rede sein.

Auf der einen Seite steht ein enormer Finanzbedarf, der alleine durch zwingend notwendige Schwerpunktmaßnahmen wie der Schulsanierung, dem Ausbau der Ganztagesbetreuung und des Kitaangebotes gewichtige Dimensionen annimmt. Hinzu kommen zahlreiche weitere Großprojekte, von denen hier mit dem neuen Stadtmuseum, dem Rathausgaragenareal, der John-Cranko Schule, der Feuerwehrwache 5 und der Straßen- und Bädersanierung beispielhaft nur einige wenige genannt sein sollen.

Auf der anderen Seite ist die Einnahmesituation angesichts der grassierenden europäischen Schuldenkrise und deren gegenwärtig nicht absehbarem Ende oder Ausgang keinesfalls eindeutig vorherzusagen. Eine Auswirkung auf die Realwirtschaft ist per heute zwar nicht erkennbar und auch ein initiiertes Crash-Moment, wie im Krisenjahr 2008, bis-

lang ausgeblieben. Wer vermag dieser Tage jedoch zu beschwören, dass die Rettung Griechenlands mit immer neuen Schuldversprechen mittelfristig erfolgreich sein wird und nicht doch noch Folgen für den deutschen Wirtschaftsraum zeitigen wird?

Berücksichtigt man also den hohen Finanzbedarf und die krisenbedingt ungewisse Einnahmesituation, so hat eine vernünftige Haushaltspolitik Maß und Mitte zu halten. Die bevorstehenden Aufgaben lassen zwar keine strenge fiskalische Austerität zu, sie zwingen aber genauso wenig zu einem schuldenfinanzierten Ausgabeezess. Die CDU wird mit einem eigenen, ausgewogenen Haushaltsentwurf den grün-rot-roten Mehrheitsführern entgegentreten und für eine nachhaltige Haushaltspolitik werben. Insbesondere wird man dort gehegten Wünschen nach einer Gewerbesteuererhöhung massiv Widerstand leisten, nachdem bereits im letzten Haushalt der Bürger durch eine 30%-ige Erhöhung der Grundsteuer im Unverhältnis zur Kasse gebeten wurde. Die Prüfung und Beachtung der Zweckmäßigkeitsverhältnisse sollte jedoch insbesondere bei der Aufstellung eines öffentlichen Haushaltes Anspruch und Maßstab sein.

Solltet ihr weitergehendes Interesse an den Haushaltsberatungen oder Fragen zu einzelnen Haushaltsthemen haben, zögert nicht und spricht mich darauf an.

Viele Grüße
Euer Fabian



Fabian Mayer, Mitglied der CDU-Gemeinderatsfraktion und ehemaliger JU-Kreisvorsitzender

Junge Union Stuttgart übt scharfe Kritik an SPD-Resolution zu S21

SPD im Schlingerkurs: Zwischen Selbstbetrug und eigener Inkompetenz

Der Kreisvorsitzende der Jungen Union Stuttgart, Benjamin Völkel, zeigt sich verärgert und übt scharfe Kritik bezüglich der Resolution des SPD Landesvorstands zum Thema Stuttgart 21. Mit diesem Entschluss sei das Wahlversprechen gebrochen worden, sich für S 21 einzusetzen.

Benjamin Völkel: „Der Selbstbetrug der SPD, das Verschaffen eines eigenen Alibis, die Inkonsequenz und ihr Schlingerkurs beim Thema Stuttgart 21 ist beschämend.“ Die SPD sei bei Stuttgart 21 massiv gespalten und nicht fähig zu einer geschlossenen Kampagne für das Projekt.

Es gehe der SPD nicht darum, eine Befriedung im Streit um das Bahnprojekt zu erreichen. Es gehe ihr nicht darum, die Einwände, die Gegenstimmen und die guten Argumente für das Projekt zu erläutern, es gehe der SPD nur um den verzweifelten Versuch, den Koalitionsfrieden in einer Regierung wieder herzustellen, der sich bereits nach wenigen Wochen verbraucht habe.

„Die Resolution der SPD Baden-Württemberg ist beschämend. Die SPD war bis dato verlässlicher Partner in Sachen S 21 und entwickelt sich nun teilweise doch zum Zukunftsverweigerer“, kritisierte der Stuttgarter JU Kreisvorsitzende. „Die SPD hat offensichtlich Angst, ihre eigenen Inhalte innerhalb der Regierungskoalition zu setzen. Sie schaufelt sich in meinen Augen mit dieser Entscheidung ihr politisches Grab“, betonte Völkel weiter.

Die SPD hätte eine Entscheidung treffen müssen, ob sie zum Projekt Stuttgart 21 stehe oder nicht und zwar vor, spätestens aber bei der Erstellung des Koalitionsvertrages. Sie hätte den Menschen im Land klar sagen müssen, in welche Richtung sie in dieser zentralen Frage des Landes steuere. „Ich fordere den Kreisverband der SPD in Stuttgart auf, sich diesen Maulkorb des Landesverbands nicht aufziehen zu lassen und aktiv für das Projekt Stuttgart 21 zu werben, um nicht vollkommen unglaubwürdig zu werden“, betonte Völkel abschließend.



Der Kreisvorsitzende der Jungen Union Stuttgart, Benjamin Völkel



Bezirkstag zur Energiepolitik in Böblingen

JU Nordwürttemberg bestätigt Björn Hannemann

von Hannes Griepentrog | Am 30./31. Juli 2011 traf sich die Junge Union Nordwürttemberg zu ihrem Bezirkstag in Böblingen. Die Delegierten bestätigten Björn Hannemann im Amt des Bezirksvorsitzenden. Der 28-jährige Steuerberater aus dem Kreisverband Heilbronn erhielt 95% der Stimmen.

Die etwa 120 Delegierten und Gäste aus den 12 Kreisverbänden des Regierungsbezirks Nordwürttemberg diskutierten beim Bezirkstag einen Leitartikel zur Energiepolitik. Darüber hinaus wurde ein Antrag angenommen, in dem der energiepolitische Kurs der Bundesregierung scharf attackiert wird. „Ohne eine innerparteiliche Diskussion, ohne entsprechende Parteitagebeschlüsse, wird eine Abkehr von der Kernkraft vollzogen, das trägt massiv zum Vertrauensverlust in die CDU bei“, so der Bezirksvorsitzende Björn Hannemann.

Kritik an der Bundesregierung wurde auch in Bezug auf ein Positionspapier von Bundesbildungsministe-

rin Schavan, in dem die Abschaffung der Hauptschule gefordert wird, laut. Die JU Nordwürttemberg verabschiedete einstimmig einen Antrag, in dem der CDU-Landesverband aufgefordert wird, Schavan bei einer erneuten Kandidatur für den CDU-Bundesvorstand nicht zu unterstützen.

Als Redner und Diskussionspartner konnte die JU den Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl, den energiepolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Paul Nemeth, und den Landesvorsitzenden der JU Baden-Württemberg, Steffen Bilger, in Böblingen begrüßen.

Steffen Bilger kündigte in seiner Rede seine Kandidatur für den Bezirksvorsitz der CDU Nordwürttemberg an. Er erhielt hierfür begeisterten und langanhaltenden Applaus. „Steffen Bilger ist der richtige Kandidat, um die Neuausrichtung der CDU auch im Bezirk Nordwürttemberg voranzubringen“, so der

JU-Bezirksvorsitzende Björn Hannemann. Neben dem Vorsitzenden Björn Hannemann wurden auch die weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Bezirksvorstandes in ihren Ämtern bestätigt: Viola Mahrenbach und Steffen Kirsch als stellvertretende Bezirksvorsitzende, Philipp Kordowich als Finanzreferent, Hannes Griepentrog als Pressereferent, Martin Barthau als Schriftführer und der

Böblinger JU-Kreisvorsitzende, Christian Kühn, als Bildungsreferent. Darüber hinaus gehören dem Bezirksvorstand als Beisitzer Heiko Dietterle, Samuel Gail, Fabian Gramling, Johannes Gresser, Thomas Kaiser, Konstantin Kiesel, Matthias Kreuzinger, Erik Mai, Silke Mittnacht und Matthias Scheible an.



Scheitert der Euro, scheitert Europa

Wie wichtig ist der Euro für Deutschland?

von Norbert Strohmaier | Was zwingt Merkel, Gysi und Fischer dies im Gleichklang zu beteuern und diese Gefahr zu zeichnen? Der Euro ist in aller Munde und immer mehr Stimmen melden sich: „Lassen wir Griechenland pleite gehen. Beenden wir das Projekt Euro.“ Doch lassen wir diesem Gedanken einmal freien Lauf und überlegen, warum scheitert Europa, wenn der Euro scheitert.

Einleitend eine Bemerkung: Am schlimmsten an unserer Situation sind die „Wir-hätten-sollen“-Aussagen. Dem Stammtisch, der mir sagt, wir hätten härtere Kriterien an den Euro anlegen sollen, wir hätten Griechenland nicht mitnehmen sollen usw., dem antworte ich: „Ich hätte Lotto spielen sollen“. Die Vergangenheit kann nur betrachtet, nicht geändert werden. So betrachten wir doch die Vergangenheit und die Situation heute.

Hat Deutschland vom Euro profitiert? Die Frage ist doch, wo steht Deutschland heute? Deutschland steht bei der niedrigsten Arbeitslosenzahl seit der Wiedervereinigung. Deutschland ist der Exportweltmeister mit einem Großteil der Exporte in den Euroraum. Doch wo steht Deutschland in der Welt? Deutschland ist ein schönes Land, aber auch ein kleines, ein mit knapp 1 % der Weltbevölkerung nicht sehr bedeutendes Land. Heute schwindet der Einfluss Deutschlands. Heute konkurriert Deutschland mit Japan, Indien und Brasilien um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, morgen vielleicht schon mit Indonesien, Pakistan, Bangladesch, Nigeria oder Mexiko. Was passiert, wenn der Euro scheitert?

Wirtschaftlich müsste Deutschland wieder eine eigene Währung einführen. Dies kostet, Schätzungen zufolge, 4.000 bis 5.000 € pro Kopf und diese neue D-Mark würde sich in kürzester Zeit um bis zu 40 % aufwerten. Die deutschen Euro-Schulden würden abnehmen, ja. Aber ein Drittel der geleisteten

Arbeitsstunden entfallen auf die Exportwirtschaft, somit wären bis zu 8 Millionen Arbeitsplätze gefährdet, 2 Millionen hochgradig. Um dies zu kompensieren, müssten Steuergelder genutzt werden. Es folgen Mehrausgaben und mehr Schulden. Einzig positiv wäre, dass sich auch die Importe verbilligen, aber nicht linear zu der Geldaufwertung. Die Preise für Essen, Öl und andere Importe basieren nicht nur auf Erzeugung, sondern auch auf Transport, der in Deutschland teurer werden würde. Außerdem sind Märkte niemals vollkommen offen, somit muss man nicht unbedingt seine Produkte billiger machen, nur weil die neue D-Mark an Wert gewinnt. Am meisten würden wohl Personen verdienen, die vom wieder notwendigen Umtausch profitieren. Wer den Euro abschafft, stärkt die Geldwechsler.

Auch in den Krisenländern würde ein Wegfall des Euros nicht zu Euphorie führen. Wenn hoch verschuldete Staaten ihre Schulden in der neuen, sich abwertenden Währung (Griechenland geschätzt 50 %) ableisten müssten, wären diese doppelt so stark verschuldet. Die einzige logische Folge wäre der Schuldenschnitt. Durch die Abwertung müsste der Schnitt sehr tief gesetzt werden. Kein Akteur auf dem Kapitalmarkt würde mehr Geld verleihen, für Jahre oder Jahrzehnte. Nach einem Schnitt würde auch die Wirtschaft abgewertet werden. Eine fallende Wirtschaft und dadurch sinkende Steuern führen zu Problemen, so dass immer noch Geld gebraucht wird. Die Probleme würden Jahrzehnte eine Entwicklung des Landes blockieren.

Würden Krisenländer einen Schuldenschnitt vornehmen und aus dem Euro aussteigen, so würde es für den deutschen Steuerzahler richtig teuer. Nicht nur Banken und Finanzhaie, sondern auch viele andere sind in Krisenländer engagiert. Lebensversicherungen, private Renten, vor allem aber auch viele private Produkte enthalten Staatsanleihen, da die



se als sicher galten. Auch Banken gehören jemandem. So wird angenommen, dass zwei Drittel der deutschen Kredite gegenüber den Krisenländern von Banken gehalten werden, die dem deutschen Staat und damit dem Steuerzahler gehören oder geschützt werden. Allein die staatliche HRE hat 40 Milliarden Euro diesen Staaten geliehen. Diese abzuschreiben würde den Steuerzahler treffen. Da dies in jedem Land passiert, könnte ein Land nach dem anderen kollabieren, bis irgendwann auch Deutschland fällt.

Doch das wären nur die wirtschaftlichen Folgen. Der Euro, ja die ganze EU, angefangen mit der Montanunion, basiert auf dem Gedanken, dass wirtschaftlich vernetzte Länder auch kulturell zusammenwachsen und sich besser verstehen, Konflikte lösen anstatt in Kriegen zu enden. Fallen Euro und Wirtschaft, so wäre die Folge eine Entwicklung wie nach der Wirtschaftskrise 1929. Ein Weg zurück in die Nationalstaaterie und regionale Separation. Unvorstellbar? Warum nicht? Bereits jetzt sind diese Entwicklungen sichtbar. In Belgien verhindert

der Streit von Flandern und Wallonien eine Regierungsbildung seit Juni 2010. In Italien kocht die Liga Nord ihr Separationssüppchen, der irische und baskische Terrorkampf ist wohl bekannt und in Schottland regiert eine Partei, die die Loslösung von England anstrebt. Selbst in Deutschland will mancher die Mauer wieder aufbauen oder den Südstaat ausrufen.

Was ist nun zu tun? Die Antwort auf die Krise muss ein stärkeres Zusammenwachsen sein. So schmerzlich die Antwort auch für jeden nationalbewussten Konservativen ist, gibt es keine Alternative. Allein hat der Kleine Michel keine Chance gegen russische Bären, chinesische Tiger oder amerikanische Tellerwäscher. Wir brauchen ein gemeinsames Europa und Deutschland muss für Europa voranschreiten, damit Europa solidarisch, sozial, ökologisch und vor allem wirtschaftlich Erfolg hat. Deutschland muss als Exporteur voranschreiten, damit ausgeglichene Haushalte, Schuldenbremsen und nachhaltiges Handeln zu unseren europäischen Nachbarn exportiert werden können.

**Habt ihr Fragen oder Anregungen zu unserer Arbeit?
Dann meldet euch einfach zu unserer wöchentlichen Geschäftszeit!**

**Jeden Mittwoch von 18.00 - 22.00 Uhr auf unserer Kreisgeschäftsstelle:
Theodor-Heuss-Straße 34, 70174 Stuttgart (bis Ende November 2011)
Leuschnerstraße 12, 70174 Stuttgart (ab 1. Dezember 2011)**

Telefon: 0711/23 87 330



JU Region Stuttgart zu Gast im Honorarkonsulat von Aserbaidschan

Ein Land mit vielen Perspektiven und wichtiger Partner Europas

von Matthias Scheible | Auf Einladung des Honorarkonsuls von Aserbaidschan, Herrn Otto Hauser, besuchte die JU Region Stuttgart das Honorarkonsulat in Stuttgart. Organisiert wurde die Veranstaltung von den beiden Kreisverbänden JU Rems-Murr und Esslingen.

Der Honorarkonsul Otto Hauser (von 1983 bis 1998 Mitglied des Bundestages und 1998 Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundeskanzler Helmut Kohl und Sprecher der Bundesregierung) gab der JU Delegation einen Einblick in das doch für viele noch fremd anmutende Land Aserbaidschan. Dabei betonte er, dass Deutschland und vor allem auch Baden-Württemberg viel mit dem Land verbinde. Dies sei nicht nur der Deutsche Berti Vogts, Trainer der dortigen Fußballnationalmannschaft, sondern auch eine historische Verbundenheit. 1814/1815 wanderten 1400 deutsche Familien aus dem Gebiet Baden-Württembergs nach Aserbaidschan aus. Diese Auswanderer prägten allerdings in der Folgezeit die Infrastruktur des Landes, welche auch die Sowjetunion überdauerte.

Heute versteht sich das islamisch geprägte Aserbaidschan als „Brücke zwischen Europa und Asien“. Aufgrund seiner Lage zwischen Europa und Zentralasien, sowie zwischen Russland und dem Nahen Osten, wächst das Interesse an dem kleinen Land zunehmend. Sicherheitspolitisch ist das Land an

guten Beziehungen zu seinen mächtigen Nachbarn Russland, Türkei und Iran interessiert, wirtschaftlich an guten Beziehungen zu den USA und Europa. Daher ist die Kaukasus-Republik Aserbaidschan Mitglied des Europarats und auf diese Weise in die europäischen Strukturen eingebunden. „Mit der EU ist das Land über die Europäische Nachbarschaftspolitik mit Aktionsplänen verbunden, welche zukünftig noch stärker ausgebaut werden sollten“, so Hauser.

Die Republik Aserbaidschan hat 9.165.000 Einwohner, davon leben 53,1 % in Städten. Das Bruttoinlandsprodukt stieg in den letzten Jahren stetig an und man ist sehr an fachlichem Know-How aus Deutschland interessiert, gerade auch hinsichtlich des Baubooms, den das Land derzeit erlebt. Diese Entwicklung basiert zu einem großen Teil auf einer expansiven Erdölindustrie, welche den wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes darstellt. Denn, am östlichen Rande des Südkaukasus gelegen, gehört Aserbaidschan zu den ältesten industriellen Produktionsstätten von Energieträgern wie Öl und Gas. Als Energiepartner Europas, sei man heute schon bereit, rund 15 Milliarden Kubikmeter Gas über die neue Nabucco-Pipeline nach Europa zu liefern. Insofern wäre Europa unabhängiger von Russland.

Als problematisch sieht Hauser derzeit noch die Entwicklung im Konflikt mit Armenien. Aserbaidschan befindet sich in einer langdauernden Auseinandersetzung

etzung mit seinem westlichen Nachbarland Armenien um Bergkarabach, ein Gebiet auf aserbajdschaischem Territorium, das mehrheitlich von Armeniern bewohnt wird, sich 1991 für unabhängig erklärte, inzwischen durch armenische Streitkräfte besetzt wurde und keine diplomatischen Beziehungen zu Aserbaidschan unterhält. Ein international einheitliches Vorgehen, eventuell unter Vermittlung Russlands, sei hier dienlich.

Darüber hinaus warb der Honorarkonsul um eine enge wirtschaftliche und politische Partnerschaft zu

Deutschland. Hilfestellungen im Bereich Technik, Bildungssysteme und politischer Kultur seien wichtig für das Land und ließen ein vertrauensvolles Miteinander gestalten, so Hauser. In diesem Zusammenhang war man sich innerhalb der JU einig, dass man eine Kooperation der JU mit der Jugendorganisation der Regierungspartei „Neue Aserbaidschani-sche Partei“ ins Leben rufen und das Land auf einer politischen Reise gerne näher kennenlernen möchte. Otto Hauser und die Vertreter aus Aserbaidschan vor Ort sagten ihre Unterstützung zu.

Die JU Region Stuttgart stellt sich vor

Den Großraum Stuttgart stärken!

von Matthias Scheible | Ein starkes wirtschaftliches Rückgrat, ein wettbewerbsfähiges Bildungssystem und ein hervorragendes Angebot an Sport- und Kulturveranstaltungen machen die Region Stuttgart zu einer der attraktivsten Metropolen in Europa. Um sich jedoch auch in Zukunft dem weltweiten Wettbewerb führender Großstädte stellen zu können, muss sich unsere Region stärker als bislang weiterentwickeln. Damit der Großraum Stuttgart für die junge Generation und für junge Familien attraktiv bleibt, setzt sich die JU Region Stuttgart aktiv für zukunftsweisende Projekte wie Stuttgart 21 oder den Ausbau der Neckar-Schleusen zwischen Plochingen und Heilbronn sowie die Stärkung des Hochschulstandorts ein. Dabei verstehen wir uns als Motor und Ideengeber für die Weiterentwicklung zur Modellregion. Wir müssen zu einer international attraktiven Metropole werden – spannend und lebenswert, grün und sicher, reich an Menschen, Unternehmen und Ideen.

In der JU Region Stuttgart sind die JU Kreisverbände Stuttgart, Ludwigsburg, Esslingen, Böblingen, Göppingen und Rems-Murr vertreten. Im Hinblick auf die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 wollen wir einen JU Region-Wahlkampf starten,

mit dem wir Jung und Alt von dem zukunftsweisenden Projekt überzeugen können und die Vorteile des Projekts für jeden Kreis darstellen. Näheres zu unserer Arbeit unter www.ju-stuttgart-region.de.



JU Region Stuttgart

Diskussion zum Thema "Nachhaltigkeit - Notwendigkeit und Chance für die Architektur der Zukunft"

von Matthias Scheible | Christian Bergmann vom Institut für Leichtbau, Entwerfen und Konstruieren (ILEK) an der Universität Stuttgart erläuterte im Rahmen einer Veranstaltung der JU Region Stuttgart mit seinem Vortrag die Herausforderungen für eine moderne und nachhaltige Architektur im Rahmen zukünftiger Stadtentwicklungen. Im Hinblick auf eine zunehmende Urbanisierung 30 % der Weltbevölkerung leben derzeit in Städten und im Jahr 2045 sollen es nahezu 70 % sein müssten auch im Baugewerbe Wege hin zu mehr Nachhaltigkeit und effizienterer Ressourcennutzung gefunden werden, so Bergmann. Während beim Autobau nahezu 95 % der verwendeten Baumaterialien recycelbar seien, falle am Ende der Nutzung einer Immobilie aufgrund der derzeitigen Bauweise Unmengen an Abfall an.

In diesem Zusammenhang müsse die Politik verstärkt eingreifen und Anforderungen an nachhaltiges Bauen stellen. Die bisherigen Bestrebungen gingen dabei nicht weit genug. Zwar stellten Passivhäuser einen ersten Schritt dar, bislang aber mit Einschränkungen zu Lasten der Lebensqualität. So sei die Luftqualität in einem Passivhaus viermal schlechter als in Normalbauten.

Ein Prototyp intelligenten Bauens werde in Berlin demnächst ausgestellt und der Bevölkerung zugänglich gemacht. In diesem Zusammenhang stellte man sich die Frage, warum nicht Stuttgart als Ausstellungsplatz in Frage gekommen sei und versucht nun, zusammen mit der Wirtschaftsförderung in Stuttgart, das vom ILEK entworfene Haus nach Stuttgart zu holen.



Der Vorsitzende der JU Region Stuttgart, Matthias Scheible, mit Christian Bergmann.



Gründung der Jungen Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Stuttgart

Wahlen eines neu geschaffenen Vorstands

von Norbert Strohmaier | Nach mehrjähriger Pause gründete sich in der Landeshauptstadt Stuttgart wieder ein Kreisverband der Jungen CDA. Am 12. August 2011 konnte Tom Glaser, Bezirksvorsitzender der Jungen CDA Nordwürttemberg, die Mitglieder zur Wahlveranstaltung begrüßen.

Zum Vorsitzenden wurde dabei Christian Römhild gewählt. „Nach der verlorenen Landtagswahl stehen wir vor einer völlig neuen Herausforderung“, so Römhild „und nur wenn wir die soziale Idee nicht vergessen, werden wir Erfolg haben.“

Christian Römhild spricht aus Erfahrung. 2009 kandidierte er in Frankfurt/Oder als Direktkandidat für den Bundestag. Dort war er auch lange im Kreisvorstand tätig.

Bei der Jungen CDA Stuttgart stehen ihm Sabine Seeger und Stephan Boudgoust als Stellvertreter sowie Norbert Strohmaier als Pressesprecher, Katrin Wiedmann als Internetreferentin, Matthias Rolfs als Finanzreferent und Sabine Blaschka als Beisitzerin zur Seite.

Die Reaktivierung des „Landeshauptstadtverbandes“ ist nicht nur für die CDA- und die CDU Stuttgart ein hoffnungsvolles Signal, sondern auch für den Bezirks- und Landesverband. So waren auch Christa Vossschulze, ehemalige stellvertretende Landtagspräsidentin, Gerhard Winter, Bezirksvorsitzender der CDA Nordwürttemberg und Hans-Werner Carlhoff, Kreisvorsitzende der CDA Stuttgart, anwesend.

„Ich bin sehr froh, dass die Jungen CDU-Sozialausschüsse in Stuttgart wieder mit einem Landeshauptstadt-Kreisverband und einem tollen Team Akzente setzen werden,“ fasste Manfred Benedikter, Landesvorsitzender der Jungen CDA, den Abend zusammen.



Peter Hauk zu Gast beim traditionellen Turmgespräch der JU Stuttgart

“CDU Baden-Württemberg - Schläfst Du noch oder opponierst Du schon?”

von Sebastian Scheible | Die rot/grüne Landesregierung hat ihren eigenen Stresstest personell und funktionell nicht bestanden. Ihr Motto lautet: Viele Ankündigungen, keine konkreten Pläne. Mit Blick auf die ersten 100 Tage, kann die Arbeit der grün/roten Landesregierung nur als ein Fehlstart mit mangelndem Sparwillen, kostspieliger Aufblähung des Ministeriumsapparats, Konzeptlosigkeit im Bildungssektor und mit einem Verkehrsminister, der seinem Amt nicht gewachsen ist, bewertet werden. Grün/Rot wirkt wie gelähmt vom internen Streit über Stuttgart 21. Seit 100 Tagen kann man eine andauernde Beschäftigung von Grün/Rot mit sich selbst und insbesondere mit dem Thema Stuttgart 21 sehen. Das ist deutlich zu wenig, wenn Baden-Württemberg weiterhin eine Spitzenposition im Ländervergleich einnehmen will.

Aber was macht die CDU? Dies fragten sich die zahlreichen Gäste der JU- sowie CDU Stuttgart beim Diskussionsforum zum Thema: „CDU Baden-Württemberg Schläfst Du noch oder opponierst Du schon?“ Auf Einladung des Kreisvorsitzenden der JU Stuttgart, Benjamin Völkel, kam der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hauk MdL, in das Turmforum im Stuttgarter Hauptbahnhof, um Rede und Antwort zu stehen.

Hauk will mit der Fraktion nach der Niederlage nun eine konstruktive Oppositionsrolle einnehmen. „Wir werden sicherlich keine Fundamentalopposition betreiben, sondern entlang der Themen agieren“, sagte Hauk. Wenn es inhaltliche Überschneidungen mit der Opposition gebe, werde man sich



„keinen Zacken aus der Krone brechen, diese anzuerkennen.“ Dennoch fehle es der CDU zu oft an emotionaler Überzeugungsstärke. Politischer vernunftbasierter Pragmatismus sei immer ein Zeichen christdemokratischer Politik gewesen, also brauche es einen lebendigen internen Diskurs. Hauk nannte hierbei die Familienpolitik als Beispiel: Ja, man habe viel für die Kinderbetreuung

getan, Meilensteine in den letzten sieben Jahren gelegt, doch Kinderbetreuung wurde nie in Verbindung mit der CDU gebracht. Die CDU müsse die Außenwelt daran teilhaben lassen, wie sie mit sich selbst, ihren Überzeugungen und der Anpassung an Realitäten ringe. Nur durch Reibung entstehen Emotionen, die Bindung, die es brauche, um attraktiv zu sein. Nur so könnten die Argumente, um die die CDU ringe, die Sorgen und Bedenken, die es dazu in der Union gäbe, deutlicher und nachvollziehbarer werden.



Aber wahr sei auch, dass es Punkte gebe, in denen sich die CDU neu ausrichten müsse. Erstens: Die CDU habe in Teilen ein gewisses Modernitätsdefizit, sie sei in den Altersgruppen der bis 60jährigen nicht mehr die große Volkspartei, die sie einmal war. Zweitens sei die CDU in den Augen der Bevölkerung zu sehr Markt- und Wirtschaftspartei und zu wenig Partei der sozialen Sicherheit. Dies müsse geändert werden.

Nach Auffassung des Kreisvorsitzenden der Jungen Union Stuttgart sei aus diesen Gründen eine Klage der CDU gegen das geplante Ausstiegsgesetz bezüglich des S 21-Finanzierungsvertrags ein erste Schritt, um den Bürgerinnen und Bürgern zu beweisen, dass auf die CDU in Baden-Württemberg in punkto Rechtstreue nach wie vor Verlass sei. Benjamin Völkel forderte Hauk abschließend auf, dieses gegenstandslose Ausstiegsgesetz, bei welchem das Land gar keine Kündigungsrechte habe, welches verfassungsrechtlich bedenklich sei und in seiner Begründung auf einer unrichtigen Darstellung der Tatsachen beruhe, nicht zu dulden und nach juristischer Prüfung vor den Staatsgerichtshof zu ziehen.

Personalia I

Steffen Bilger wurde am vergangenen Bezirkstag der CDU Nordwürttemberg in Wolpertshausen zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt.

Ebenfalls in den Bezirksvorstand gewählt wurde unser ehemaliger Kreisvorsitzender **Ralf Stefan Hübner**.

Herzlichen Glückwunsch unseren beiden JU´lern!
Viel Erfolg und Spaß bei der zukünftigen Arbeit!

Herzlichen Glückwunsch auch an unseren Finanzreferenten **Kristoffer Werner** zum Abschluss seines wirtschaftswissenschaftlichen Bachelor-Studium!

Auf dem Weg zur Netz-Union

Kommunikation im Internet ist unerlässlich

von Thomas Hugendubel | Gerade in schwierigen Zeiten sprechen die Hoffnungsträger viel davon, dass die CDU stärker im Internet präsent sein müsste, um auch die junge, webaffine Wählerschaft zu erreichen. Das Verständnis, das viele Funktions- oder Mandats-träger vom Internet haben, ist aber erschreckend. Dabei ist der Weg hin zu echter politischer Arbeit im Netz gar nicht schwer. Nur wenn er beschritten wird, kann die Lebenswirklichkeit der Menschen in der Partei abgebildet werden.

Örtlichkeitsprinzip als Hemmnis für ein Engagement in der Partei

Die etablierten Parteien sind streng hierarchisch von unten nach oben organisiert. Politisches Engagement setzt Präsenz vor Ort voraus, hier werden Kontakte geknüpft und Meinungen gebildet. Jeder Ortswechsel ist ein Anfang bei null. Dieses kleinst-subsidiäre Verständnis verliert für eine wachsende Zahl von Menschen an Bedeutung, da die heutige Berufswelt erfordert, den Blick europaweit zu öffnen. Auch in einer Region wie Stuttgart verändert man ganz problemlos den Lebensmittelpunkt zwischen Stadtteilen und Städten. Die Odyssee durch mehrere Ortsverbände kann man sich vorstellen. Eine Partei muss sich überlegen, ob sie es sich leisten kann, für diese mobile Generation keine Anlaufstelle zu bieten. Die Alternative dazu ist ein immer weiteres Auswuchern des Modells „Kreißaal Hör-saal Plenarsaal“.

Netzpolitik, was ist das eigentlich?

Auch die politischen Aussagen, die das Internet betreffen, sind fragwürdig. Viele rechtspolitischen Äußerungen von Unionspolitikern müssen dem „Digital Native“ zu Hause im Netz ganz schön peinlich sein: Man wundert sich, was ein Minister sich denkt, der Facebook-Parties verbieten möchte oder Surfen nur noch per Klarnamen erlauben will. Wenn er noch auf die Idee kommt, das als Landesgesetz

beschließen zu lassen, merkt man, wie stumpf seine Waffen gegen in Irland, Florida oder Südostasien ansässige Personengesellschaften sind. Weniger sachkundig kann man sich kaum äußern.

Was der Union also fehlt, ist ein Forum zum sachkundigen Austausch über die relevanten Fragen, die das Netz betreffen. Nur so können tragfähige Positionen gebildet werden. Offene Fragen gibt es eine ganze Menge.

Kommunikationsweg für die Partei nutzbar machen

Das Internet ist für junge, aber auch immer mehr ältere Menschen zur maßgeblichen Kommunikationsplattform geworden. E-Mail, Facebook und Skype sind die bekanntesten Medien. Die Politik ist hier weitgehend sprachlos oder kommuniziert allenfalls in eine Richtung. Es finden sich zahllose Homepages, die nur gepflegt werden, wenn eine Wahl ansteht. Es ist aber nichts Neues, dass nur derjenige erfolgreich sein kann, der die Sprache der Menschen spricht und mit ihnen im Dialog ist.

Die Union muss sich öffnen: Netz-Union als Vereinigung

Die beschriebenen Probleme sind nur die Spitze des Eisbergs. Der Ausweg ist aber, wenn man sich auf das klassische Vorgehen der Partei besinnt, nicht schwer. Für maßgebliche gesellschaftliche Gruppen, von denen eine Partei ernst genommen werden möchten, haben sie Vereinigungen. Die CDU



braucht, um im Internet ihr Potential auszuschöpfen, die Netz-Union: ein Verband, der keine tiefere Ebene hat als das Bundesland, der Meinungsbildung im Internet stattfinden lässt und dennoch in den relevanten Gremien eine Vertretung findet. Die Kommunikation der Netz-Union muss auf einer zentralen Plattform stattfinden, die sowohl partei-

terne Diskussionen und Entscheidungen zulässt, wie auch nach außen Diskussionen anstößt und Standpunkte vertritt.

Noch gibt es kein Piratenphänomen im konservativen Lager. Die CDU kann beginnen, das Potential dafür zu erschließen.

Konservativ - uncool?

Wege aus der Kommunikationskrise

von Ulrich Willenberg und Georg M. Schwarz | „Der Umgang mit Großstadtgruppen wird für die CDU eine Herausforderung bleiben“, bilanzierte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach der Wahl in Bremen. Sie hat recht, aber nur zum Teil: Auch auf dem Land verliert die CDU an Einfluss. Wenn bei der vergangenen Landtagswahl in Baden-Württemberg die ländlichen Räume besser abgeschnitten haben als die Städte, so muss man nämlich ehrlicherweise Wasser in den Wein schütten: Sie haben weniger schlecht abgeschnitten. Wie kommt's? Eine häufig gehörte Antwort lautet: Weil in den Gesellschaften der Dörfer und Kleinstädte sich traditionelle Werte und Lebenseinstellungen besser halten können als in den Großstädten. Aber genau da liegt das Problem: Sie halten sich nur noch, sie werden aber immer weniger neu geformt. Bei vielen jungen Menschen, erschreckenderweise häufig den gebildeten, die einmal die Elite dieses Landes sein möchten, gilt sinngemäß die Formel: „Wählst Du noch CDU oder hast Du's schon begriffen?“

Konservativ zu sein gilt in immer größer werdenden gesellschaftlichen Kreisen als verstaubt, indiskuta-



Ulrich Willenberg ist Politikwissenschaftler und schreibt seine Doktorarbeit
Georg M. Schwarz hat BWL mit Schwerpunkt Marketing studiert und ist Geschäftsführer eines IT-Start-Ups



bel, bestenfalls bemitleidenswert. Oder wie es eine CDU´lerin formulierte: „Wir sind in deren Augen der Mehltau“. Und das sitzt tief: In ganzen Gesellschaftsschichten gehört es mittlerweile völlig selbstverständlich zum guten Ton, die CDU abzulehnen. Das sind beispielsweise die jungen urbanen Familien, die ihren Kindern die Anti-S21-Buttons an den Schulranzen heften, die ihren Eltern und Großeltern immer und immer wieder erzählen, was für korrupte Verbrecher diese CDU´ler sind. Diese Menschen niemals wieder zurückzugewinnen wird schwer, sehr schwer und erfordert eine ganzheitlich konzipierte und exakt auf diese Zielgruppe zugeschnittene Strategie.

Denn in den (gut-)bürgerlichen Stadtvierteln insbesondere in Stuttgart hat sich eine dominierende Schicht von Wohlstandsgrünen gebildet, meist Akademiker, die gerne im Biomarkt einkaufen und keinen Widerspruch darin sehen, Anti-S21-Aufkleber an die Heckscheibe vom Porsche Cayenne zu kleben. Von Einkommen und sozialem Standing müssen dies klassische CDU/FDP-Wähler sein. Keine treuen Parteisoldaten, mit Sicherheit, aber Wähler, deren Stimmen wir dringend brauchen.

Die Frage, die wir uns alle stellen müssen, ist in jedem Fall: Woher kommt es, dass die Wohlhabenden, die Gebildeten, die Meinungsmacher mehrheitlich eine Partei wählen, die sich in Bereichen wie Steuerrecht oder Sozialfürsorge links-alternativ gibt und die Belange ihrer besserverdienenden Klientel völlig ignoriert? Die Antwort schmerzt: Weil wir ihnen offensichtlich in der Vergangenheit nicht plausibel klarmachen konnten, wer ihre Belange besser vertritt als ein Haufen weltfremder UN-Sympathieträger. Selbstverständlich würde niemand in diesem Kontext an Claudia Roth denken. Wenn wir es nicht schaffen, diese Menschen, die zum Teil schon ein- oder mehrmals CDU gewählt haben, mit ihren Belangen und Bedürfnissen abzuholen, werden unsere Probleme bei künftigen Wahlen nicht kleiner, sondern größer.

Dazu gehört in erster Linie, dass man den Menschen zuhört und ihnen aufzeigt, wie wir und nur wir ihnen helfen können, ihr Leben und das ihrer Kinder zu verbessern. Gerade in sensiblen Wahlbezirken muss der komplette Auftritt unserer Partei künftig exakt auf die dort vorherrschende Zielgruppe zugeschnitten werden.

Wahlkämpfe mit einer „s wird scho lange“-Mentalität zu führen, kann sich die CDU nicht mehr leisten und Zeiten ohne Kommunikation mit den Bürgern erst recht nicht. „In jedem Wahlkampf stan-

de mir am Stand. Des nehmet d'Leit scho wahr“ damit kann man keinen Wahlkampf in der Web 2.0-Generation erfolgreich führen. Die CDU muss sich daher eine fundamentale Überprüfung ihrer Wahlkampfmethoden verordnen. Auch wenn es weh tut. Sie muss ihre Ressourcen gezielter und sinnvoller einsetzen. Eine Partei, die sich aus Vereinen, Bürgerinitiativen und anderen Vorfelddorganisationen zunehmend vornehm heraushält, gerät irgendwann in Vergessenheit. Bezirksgruppen ohne einen zeitgemäßen und gut gepflegten Internetauftritt können bei den Politikinteressierten unter 40 einpacken. Und Saalveranstaltungen mit noch so prominenten Politikern erreichen keinen einzigen, der nicht ohnehin schon CDU wählt.

CDU zu wählen muss wieder etwas für die Erfolgreichen, die Schönen, die Coolen sein der Garten, vor dessen Zaun die anderen stehen und hineinwollen. Wer sich diesen Status für seine Marke die selbstverständlich auch eine politische Partei sein kann erarbeitet hat, wird sich über zahlreiche Anhänger freuen können, aus allen Bereichen der Gesellschaft.

Man muss den Mut haben, neue Wege konsequent zu gehen. Folgenlose Lippenbekenntnisse im Zustand des Nachwahl-Schocks allein reichen nicht aus. Deshalb ist es begrüßenswert, wenn nun durch den neuen Kreisvorsitzenden erste Schritte in diese Richtung getan werden. Denn die nächste Bewährungsprobe steht schon vor der Tür: 2012 wollen wir mit einem zugkräftigen Kandidaten die OB-Wahlen in dieser Stadt gewinnen und hier wird sich zeigen, ob wir mit Kandidatenauswahl und Kommunikation bereit und in der Lage sind, auf die besonderen Gegebenheiten des Stuttgarter Großstadtfelds offensiv einzugehen.



Einblick in die Europapolitik

Rainer Wieland MdEP besuchte die JU Stuttgart-Feuerbach

von Felix Rau | Am 30. September 2011 besuchte Herr Rainer Wieland MdEP die Ortsgruppe der Jungen Union Stuttgart-Feuerbach. Nach der Einführung in seine Vita erörterte er viele zentrale Themen der Europapolitik und deren Bezug zur deutschen Innenpolitik sowie zum deutschen Bundesbürger.

Zunächst berichtete Herr Wieland von seiner Arbeit als Vizepräsident des Europäischen Parlaments und seiner Funktion im Rechts- sowie im Petitionsausschuss. Zudem gab er Auskunft auf allgemeine Fragen der parlamentarischen Arbeit.

Anschließend war die Außenwahrnehmung des Parlaments sowie das allgemeine Bild Europas Thema der Gesprächsrunde. Die sogenannten „Bad News“ gelangen dabei viel eindringlicher nach außen als „Good News“, so Rainer Wieland. Sehr bekanntes Beispiel hierfür seien Schlagwörter wie „Griechenland“ und „Eurorettungsschirm“. Herr Wieland erklärte, dass die Auseinandersetzung mit den Fakten jedoch schnell eine andere Sichtweise erzeuge. Die hohe Finanzlast, welche Gesamtdeutschland auf den ersten Blick durch den Rettungsschirm zu tragen habe, läge auf den einzelnen Bundesbürger herunter gerechnet weitaus niedriger als bei vielen anderen EU-Ländern. Neben tiefgreifenden Infor-

mationen über die problematische Situation Griechenlands äußerte sich Wieland positiv über die gut funktionierenden Sparprogramme anderer Länder, insbesondere über den vorbildlichen Sparkurs Estlands. Estland habe zudem viele innovative, technische Weiterentwicklungen realisiert und die Vereinfachung des Behördensystems sei durchaus gelungen und nachahmungswürdig.

In der Gesprächsrunde kam ebenfalls das Thema der unterschiedlichen Bildungssysteme in Europa und die sich daraus ergebenden Unterschiede der schulischen Bildung auf. Hierbei sei laut Wieland darauf hinzuweisen, dass Bildungsnotstände oftmals durch fehlende fachliche und pädagogische Kompetenz der Lehrkräfte entstünden.

Zuletzt sprach Herr Wieland die Wahlen vom diesjährigen März an. Neue Medien, speziell Social Networks, aber auch konservativer, persönlicher Kontakt zum Bürger, rücke in der nächsten Zeit immer weiter in den Mittelpunkt politischer Arbeit.

Die Junge Union Stuttgart-Feuerbach bedankte sich herzlich und zeigte sich sehr erfreut, dass Herr Wieland zum fachlichen Austausch bereit war und offen und ehrlich seine Standpunkte erklärte.

Mitgliederversammlung der JU Feuerbach

JU Feuerbach startet ins zweite Existenzjahr

von Felix Rau | Nach der Gründung des Ortsverbandes Feuerbach im Juli 2010 schließt die JU Feuerbach das erste Jahr mit einer überaus erfolgreichen Bilanz ab. Neben der Akquirierung von 22 neuen Mitgliedern, sei es dem Ortsverband ebenfalls gelungen, sich innerhalb des ersten Jahres zum aktivsten Stuttgarter Ortsverband zu entwickeln, so Simon Kübler, ehemaliger Vorsitzender der JU Feuerbach. Insbesondere im Wahlkampf habe viel Zusammenarbeit mit der CDU stattgefunden, was auch für die Zukunft ein weiteres Ziel sein werde.

Benjamin Völkel, Kreisvorsitzender der Jungen Union Stuttgart, der ebenfalls an der Mitgliederversammlung teilnahm, bedankte sich bei der Jungen Union Feuerbach für die engagierte Arbeit und freute sich auf die kommende Zusammenarbeit.

In der Mitgliederversammlung, der unter anderem auch Jochen Lehmann (Vorsitzender der CDU in Weilimdorf) als Gast beiwohnte, wurde der Weilimdorfer, Philipp Schwenkkraus (22), zum Vorstandsvorsitzenden gewählt, welchen einige schon aus diversen Öffentlichkeitsprojekten kennen dürften. Simon Kübler stellte sich nicht erneut zur Wahl für sein ehemaliges Amt als Vorsitzen-

der, sondern kandidierte als stellvertretender Vorsitzender und wurde zusammen mit Viktor Nager in dieses Amt gewählt. Tarek Muqbel wurde zum Schriftführer, Daniel Kübler zum Internetreferenten ernannt. Felix Rau wird in Zukunft das Amt des Pressereferenten vertreten. Des Weiteren wurde Nadia Lehwalder zur neuen Beisitzerin gewählt. Florian Huber (Rechnungsprüfer) und Hans-Joachim Sturm (Finanzreferent) wurden in ihren Ämtern bestätigt.



Von links nach rechts: Felix Rau (Pressereferent), Simon Kübler (stv. Vorsitzender JU Stgt-Feu), Benjamin Völkel (Kreisvorsitzender JU Stgt), Jochen Lehmann (Vorsitzender der CDU Weilimdorf), Philipp Schwenkkraus (Vorsitzender JU Stgt-Feu), Viktor Nager (stv. Vorsitzender JU Stgt-Feu), Tarek Muqbel (Schriftführer JU Stgt-Feu), Daniel Kübler (Internetreferent Stgt-Feu)

“Brauchen wir E-Mobilität?”

Herbert Ampferer (Porsche AG) zu Gast bei der JU Mitte / Nord

von Kristoffer Werner | Der Titel des Vortrags war bewusst provokant gewählt. Obwohl niemand die Notwendigkeit eines sukzessiven Umstiegs zu „grüneren“ Autos anzweifelt, gibt es doch einige Konzepte „grüner“ Antriebe, die miteinander konkurrieren. Das Problem am Fallbeispiel Porsche zu betrachten ist natürlich besonders interessant. Zum einen hängt vom Erfolg unserer Stuttgarter Autofirmen auch der zukünftige Wohlstand unserer Region ab. Zum anderen ist der Spagat zwischen High-Performance-Luxusautos und „grüner“ Technologie auf den ersten Blick nicht sehr einfach.

Herbert Ampferer ist Leiter des Referats Umwelt und Energie der Porsche AG. Ampferer war zuvor Motoringenieur und Leiter der Rennsportabteilung, wobei er Verantwortlicher für 4 Siege beim 24-Stunden-Rennen von Le Mans war. Was wie eine Wandlung vom Saulus zum Paulus anmutet, ist auf den zweiten Blick nur die Betrachtung des selben Problems aus anderen Blickwinkeln: Leichter und effizienter werden. Unser Referent ist auch in verschiedenen Expertenkreisen zur Zukunft der Mobilität vertreten.

Herbert Ampferer erläuterte uns die Notwendigkeit, die CO₂-Emissionen aus Klimaschutzgründen zu reduzieren und zeigte uns den Stand der Regularien hierzu weltweit auf. Er verglich auch verschiedene Antriebsformen wie effiziente Verbrennungsmotoren, Hybridantriebe, Brennstoffzellen und Elektroautos hinsichtlich ihrer Umweltfreundlichkeit. Er kommt zu dem Schluss, dass nur Elektroautos und Plug-In-Hybride, die auf regenerativen Energien basieren Atomstrom steht nun ja nicht mehr zur Debatte die zukünftigen Anforderungen erfüllen werden. „Natür-

lich werden wir auch in Zukunft einen Mix aus allen Antriebsformen sehen“, so Ampferer. Zum Abschluss wurde uns ein kleiner Einblick in die Bemühungen der Porsche AG, „grüner“ zu werden, gewährt.

Nach einer angeregten Diskussion war für uns klar: Ein Abend, von dem wir eine Menge Fakten und Einblicke mitgenommen haben.



Die Junge Union Mitte/Nord im Gespräch mit Herbert Ampferer (Porsche AG).

JU Mitte / Nord wählt neuen Vorstand

Erfolgreiche Bilanz und viele neue Gesichter

von Kristoffer Werner | Nach einem erfolgreichen Amtsjahr standen Mitte September 2011 bei der JU Mitte/Nord wieder Vorstandswahlen an. Ich durfte dabei eine äußerst positive Bilanz über eine erfolgreiche Amtszeit ziehen, u.a. über ein merkbares Wachstum in der Mitgliederzahl, eine deutliche Steigerung der Aktivitäten und viele neue, junge Gesichter. Besondere Highlights im letzten Jahr waren hierbei unsere Gesprächsrunden mit Prof. Dr. Johann Löhn und Herbert Ampferer von der Porsche AG, unser Ausflug zum europäischen Parlament in Straßburg und unser Einsatz für S21.



Ein herzlicher Dank geht an die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Julia Jaumann und Felix Meyer, die beide leider auf Grund ihres Studiums in Zukunft nicht mehr im Vorstand mitarbeiten können.

Ich freue mich sehr über das große Vertrauen, das mir bei meiner Wiederwahl zum Vorsitzenden entgegen gebracht wurde. Ebenfalls mit großem Vertrauen im Amt bestätigt wurden die Stellvertretenden Vorsitzenden Julia Bubeck und Maximilian Mörseburg sowie Internetreferent Marco Neumüller. Neu im Vorstand sind Julia Betsch als Finanzreferentin, Ella Kern als Schriftführerin und Jannick Pruss, Patricia Haas, Christian Stürtz und Christian Bubeck als Beisitzer.

Durch die Versammlung führte äußerst kurzweilig Andrea Krueger, die uns auch einen sehr guten Einblick in aktuelle Themen in Stadt und Land gab. Auch unser Kreisvorsitzender Benjamin Völkel erklärte in seinem Grußwort, welche Themen in naher Zukunft auf die JU Mitte/Nord zukommen und welchen wir uns selbstverständlich stellen werden. Vielen Dank auch an Sebastian Scheible und Robert Kuncewicz für ihren Einsatz als Stimmzählkommission.

Wir werden in der kommenden Amtszeit da weitermachen, wo wir in der vergangenen aufgehört haben: Aktiv, mit interessanten Themen und Veranstaltungen.



Junge Union Mitte / Nord besucht das Europäische Parlament

Zu Gast bei Rainer Wieland

von Kristoffer Werner | Die Junge Union Mitte/Nord besuchte am 5. Juli 2011 das Europäische Parlament in Straßburg und den Ludwigsburger Abgeordneten Rainer Wieland. Auf der Tagesordnung des Parlaments standen die Neuwahl von zwei Vizepräsidenten, die Evaluation der ungarischen Ratspräsidentschaft und die neuen Ziele bei der CO2-Reduktion.

Nachdem wir im Plenarsaal die Sitzung und die Abstimmungen beobachten konnten, nahm sich Rai-

ner Wieland die Zeit, um mit uns bei einem Kaffee über Partei, Allgemeinpolitik und die Europäische Union zu diskutieren.

Im Anschluss besuchten wir noch die sehenswerte Straßburger Innenstadt und besichtigten das Straßburger Münster als Abrundung eines gelungenen Tagesausflugs.

Personalia II

Viel Erfolg wünschen wir **Maximilian Mörseburg** bei seinem neu aufgenommenen Wirtschaftsrechts-Studium in Mannheim. Wir freuen uns, dass du uns trotzdem erhalten bleiben wirst!

Schließlich gratulieren wir unserem ehemaligen Kreisvorstandsmitglied **Steffi Schorn** zur Geburt ihres Sohnes Felix! Wir wünschen dem Kleinen alles Gute und der ganzen Familie viel Freude mit ihrem jüngsten Mitglied!

JU Degerloch kritisiert Äußerungen der Grünen an der Parkplatzsituation in Möhringen

Aberwitzige Zählweise der Ökopartei führt zu absoluten Fehleinschätzung

Der Vorsitzende der Jungen Union Degerloch / Möhringen, Sebastian Scheible, reagiert verärgert und überrascht auf die durch die „Grünen“ durchgeführte Zählung bezüglich der Parkplatzsituation in Möhringen. Es sei völlig unverständlich, wie durch eine eigens durchgeführte Zählung an nur zwei Tagen, zu Uhrzeiten, an denen die meisten Läden in Möhringen bereits schließen, Rückschlüsse auf die Parkplatzsituation in Möhringen gemacht werden können, so Scheible. „Eine Zählung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und keinen offiziellen Charakter hat, kann doch nicht ernsthaft als Argument gegen den Bau der für Möhringen so wichtigen Tiefgarage angeführt werden.“

In der eigens angefertigten Analyse der Grünen seien freie Privatparkplätze, Parkplätze im Innenhof der Volksbank und in der Bürgerhaus-Tiefgarage mitgezählt worden. Diese aberwitzige Zählweise der Ökopartei führe zur absoluten Fehleinschätzung

der Vorortsituation. „Die Parkplätze der Volksbank können nur von deren Kunden genutzt werden, da ohne Bankkarte keine Ausfahrt möglich ist“, kritisierte der Vorsitzende weiter. „Die Volksbank hat keinen Innenhof, dies ist der Streibparkplatz, er kann nur von Kunden der Läden Pegasus, Wolf und Blumen-Schimkat genutzt werden. Die Tiefgarage unter dem Bürgerhaus ist für Einkäufe völlig ungeeignet, da diese für die Läden in der Filderbahnstraße zu weit weg ist.“ Und schon gar nicht können Privatparkplätze mitgezählt werden. „So ein unseriöses „Stochern im Parkplatznebel“ kann doch keinesfalls eine ernsthafte Bewertungsgrundlage darstellen. Wir laden Herrn Tschenk gerne zu einem gemeinsamen Besichtigungstermin seines zukünftigen Wahlkreises ein. Dann kann er sich selbst vor Ort informieren, wie sein Wahlkreis beschaffen ist und was hier in Möhringen zu öffentlichen und privaten Parkflächen gehört“, so Scheible abschließend.

Filderstammtisch

JU Sillenbuch, Plieningen / Birkach und Degerloch / Möhringen

von Sebastian Pfister | Die Junge Union Degerloch/Möhringen lud zum mittlerweile dritten Filderstammtisch in die Harambe nach Sonnenberg ein. In regelmäßigen Abständen veranstalten die Ortsverbände der JU Sillenbuch, Plieningen/Birkach und Degerloch/Möhringen zusammen den JU-Stammtisch, bei welchem die Möglichkeit bestehen soll, über aktuelle politische, aber auch über allgemeine Themen zu diskutieren, ohne dass die Geselligkeit zu kurz kommt. Der Stammtisch ist speziell Neumitgliedern und Interessenten der JU gewid-

met. Er ermöglicht, in einer lockeren Atmosphäre miteinander ins Gespräch zu kommen und sich gegenseitig kennen zu lernen. Einige Neumitglieder konnten nach der Sommerpause begrüßt werden. Neben politischen Themen standen dann aber auch die Fußballbegegnungen des Championsleague-abends zur Diskussion. Letztlich einigte man sich darauf, dass ein Sieg des FC Bayern München wünschenswert wäre und konnte so einen doppelt gelungenen Abend verbringen.

Geschwindigkeitskontrollen in der Löwenstraße dringend erforderlich

JU Degerloch / Möhringen setzt sich für mehr Sicherheit ein

Der Vorsitzende der JU Degerloch / Möhringen, Sebastian Scheible, fordert regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen in der Löwenstraße im Zuge der teilweisen Sperrung der Jahnstraße in Degerloch.

Zahlreiche Anwohner beklagten sich in der vergangenen Zeit über die zu hohen Geschwindigkeiten. Insbesondere für Fußgänger, Freizeitsportler und Kinder, die im Bereich der Löwenstraße die Straße zum anliegenden Waldstück queren müssen, bedeutet die momentane Situation ein erhebliches Unfallrisiko. Sebastian Scheible: „Die schwierige Verkehrssituation und das Gefährdungspotential durch die zu hohen Geschwindigkeiten vieler Verkehrsteilnehmer erfordert dringenden Handlungsbedarf.“

Wegen der teilweisen Sperrung der Jahnstraße, werden die Verkehrsteilnehmer auf der Strecke Richtung Fernstehturm über die Reutlinger Straße, die Löwenstraße und das Königsträßle umgeleitet. Gerade zu den Hauptverkehrszeiten haben die

Anwohner entlang der Löwenstraße und dem Königsträßle mit der Mehrbelastung durch den Berufsverkehr enorme Schwierigkeiten, da sich viele Verkehrsteilnehmer nicht an die vorgeschriebenen Tempo 30 halten.

„Aufgrund der teilweisen Sperrung der Jahnstraße sehe ich eine zunehmende Gefährdung für die Anwohner, Kinder und Freizeitsportler“, so Scheible. Um die Sicherheit der Anwohner und die der Nutzer des Trimm-dich-Pfads ausreichend zu gewährleisten, wandte sich die JU an den Vorsitzenden der CDU Degerloch, Götz Bräuer, um die Möglichkeit einer regelmäßigen Geschwindigkeitskontrolle prüfen zu lassen. „Es steht außer Frage, dass den häufig auftretenden Geschwindigkeitsüberschreitungen nur mit regelmäßigen Geschwindigkeitskontrollen entschieden entgegengewirkt werden kann. Dies muss zeitnah geschehen“, betonte Sebastian Scheible abschließend.

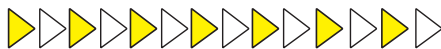
Gemeinsame Veranstaltung von Senioren Union und Junger Union Stuttgart

Keine Toleranz für Extremismus, Gewalt, Kriminalität und rechtsfreie Räume

von Sebastian Scheible | Die Senioren Union und die Junge Union Stuttgart veranstalteten gemeinsam für die Mitglieder beider Vereinigungen ein Sicherheitsforum zum Thema „Die Stellung der Polizei in der heutigen Gesellschaft“. Als Fachexperte und Referent für den Informationsabend wurde der sicherheitspolitische Experte der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Blenke MdL, in den „Ratskeller“ nach Stuttgart eingeladen.

Die generationenübergreifende Diskussionsrunde beschäftigte sich mit der Lage der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg und speziell im Kreis Stuttgart. Stabilität und Sicherheit sind für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Stuttgart wichtiger denn je. Die Aktualität dieses Themas wird durch die Ausschreitungen um das Bahnprojekt Stuttgart 21 belegt.

Besonders betont wurde, dass die Polizei jegliche Rückendeckung verdiene. Die Polizei hat die Aufgabe, Recht und Gesetz für die Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. Diese Rolle habe sie in einem Rechtsstaat und darin müsse die Politik sie unterstützen. Die Sicherheit der Bürger und der Schutz vor Straftaten bleiben für die Senioren Union und die JU Kernaufgaben kommunal- und landespolitischer Verantwortung. Die Polizei muss weiterhin die notwendigen Mittel an die Hand geben, um den Sicherheitsanspruch unserer Bürger zu verwirklichen. Die beiden Vorsitzenden der Senioren Union (Dr. Ilse Unold) und der Jungen Union (Benjamin Völkel) stimmten überein, dass es mit ihnen keine Toleranz für Extremismus, Gewalt, Kriminalität und rechtsfreie Räume geben kann.



**GETRÄNKE
BEQUEM ONLINE
BESTELLEN!
www.kelemidis.de**



**Getränke-
hotline.de**



**Getränke
KELEMIDIS**



Getränke Kelemidis
Augsburger Straße 440
Stuttgart-Untertürkheim

Mo-Fr: 7.00 - 18.30
Sa: 7.00 - 14.00
www.kelemidis.de

JU Stuttgart gegen die Aufnahme der „Linksjugend“ in den Ring politischer Jugend

„Linksjugend“ kann im RPJ nicht akzeptiert werden

Benjamin Völkel: „Mit ihren Aussagen über den Kommunismus ist eine Aufnahme der Jugendorganisation der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ in den „RPJ“ unter keinen Umständen zu akzeptieren.“

Die Junge Union Stuttgart spricht sich ausdrücklich gegen die Aufnahme der „Linksjugend“ [´solid] in den Ring Politischer Jugend in Stuttgart (RPJ) aus. Benjamin Völkel: „Mit ihren Aussagen über den Kommunismus ist eine Aufnahme der Jugendorganisation der SED-Nachfolgepartei `Die Linke` in den RPJ unter keinen Umständen zu akzeptieren.“

Der Ring Politischer Jugend wurde einst gegründet, um „Maßnahmen zur Verhinderung antidemokratischer Einflüsse auf die junge Generation zu treffen“ (RPJ-Satzung). „Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass „Die Linke“ sich auch zwei Jahrzehnte nach der Überwindung des DDR-Regimes und der Einheit Deutschlands weigert, die Verbrecchen der Staatssicherheit und der SED aufzuarbei-

ten, kann eine Aufnahme der „Linksjugend“ nicht akzeptiert werden“, erklärte Völkel. „Zumal führende Repräsentanten wie Gregor Gysi und Gesine Löttsch mehrfach deutlich gemacht haben, dass sie die DDR nicht für einen Unrechtsstaat halten und die bestehenden demokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik umkehren wollen. Demnach lehnt `Die Linke` unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ab“, betonte der Stuttgarter Kreisvorsitzende weiter.

Der menschenfeindliche Kommunismus sei längst gescheitert und vor allem moralisch diskreditiert. Trotzdem sei er offenbar noch immer das Ziel der Politik der Linkspartei. „Da sich die „Linksjugend“ stets als grundsätzlich antikapitalistische, außerparlamentarische und in Teilen antiparlamentarische Systemopposition versteht, ist eine Aufnahme dieser Organisation in den RPJ in Stuttgart unmöglich“, so Benjamin Völkel abschließend.

Impressum

Herausgeber:
Junge Union Kreisverband Stuttgart
Redaktion JU aktiv
Theodor-Heuss-Straße 34
70174 Stuttgart

www.ju-stuttgart.de

Verantwortlich für den Inhalt/Anzeigen:
Christina Oberdorfer
Tel: 0176-78056403
christina.oberdorfer@ju-s.de

Gestaltung/Layout
Hendrik Warda

Auflage:
1.000 Exemplare

Erscheinungsweise:
vierteljährlich